

tio Christi“ nach, um zu zeigen, daß der spirituelle Begriff des Gehorsams, der persönlicher Vollendung dient, von *Ignatius von Loyola* ins Militärarchisch-Hierarchische verbogen wurde. – Dazu paßt die Studie des Kanonisten *Giuseppe Alberigo* „L'Unité de l'Eglise dans le service de l'Eglise romaine et de la papauté“ von Leo IX. und Gregor VII. bis in die Gegenwart (S. 46–72). Es ging den Päpsten immer um die jeweils verschieden erfaßte Einheit der Kirche, von der Cluniazensischen Reform und der Freiheit vom Staat bis zum Versuch, die Einheit mit den Ostkirchen und den kirchlichen Gemeinschaften wiederherzustellen. Die Fehler, die die Päpste dabei begangen hätten, heben den evangelischen Dienst für die Einheit nicht auf, der heute wieder im ökumenischen Bereich erkannt werde. Das Papsttum bleibe „Zeichen“ und bedürfe neuer Inspirationen, um der Einheit der universalen Kirche gemäß seinem Auftrag zu dienen.

**SCHMIDT-CLAUSEN, KURT.** Die Rezeption ökumenischer Konsentexte durch die Kirchen. Erwägungen zu künftigen Aufgaben der ökumenischen Bewegung. In: *Ökumenische Rundschau* Jhg. 27 Heft 1 (März 1978) S. 1–13.

Ausgehend von der inzwischen so gut wie allgemein akzeptierten Feststellung, daß ohne einen dogma-

tisch-theologischen Konsens, der sich in den Kirchen auch wirklich durchzusetzen vermag, die Überwindung der Spaltungen der Christenheit nicht gelingen kann, erinnert der Beitrag zunächst in einer historischen Reminiszenz an die Bedeutung der Rezeption von Konzilsbeschlüssen in der frühen Christenheit. Der Rezeptionsvorgang in den Ortskirchen gehörte damals wesensnotwendig zur Konzilsentscheidung. Im Mittelalter sei die Beteiligung der Ortskirchen zugunsten eines wachsenden päpstlichen Zentralismus zusammengeschumpft, die Reformation habe keine wirkliche Wende gebracht, insofern die Aufgabe der Billigung von Übereinkünften im Bekenntnis nun an die evangelischen Fürsten und Magistrate übergegangen sei, wodurch man den „zentralistischen Papalismus“ gegen eine neue Spielart von „Cäsaropapismus“ eingetauscht habe. Heute sei es wichtig, den Rezeptionsvorgang ökumenischer Konsense nicht bloß von der innertheologischen auf die Kirchenleitungsebene, sondern wirklich in die Ortskirchen hineinzubringen, deren Recht und Pflicht zu verantwortlicher Teilhabe auf dem Gebiet von Lehre und Verkündigung, wieder mehr anerkannt werden müsse. Das schließt, wie ein ergänzender Beitrag von *Franz Wolfinger* mit Verweis auf *Günter Gaßmann*, den Präsidenten des Kirchenamtes der VELKD, betont, keineswegs aus, sondern ein, daß das, was an ökumenischer Nachbarschaft in Ortskirchen realisiert wird, auch im großen Rahmen der Kirchen relevant werden muß. Nur so könne die

jeweils erreichte Einigung schließlich bis zur sakramentalen Gemeinschaft führen.

**SUTER, KEITH D.** *The Christian and „Militarism“.* In: *The Ecumenical Review* Vol. 30 Nr. 2 (April 1978) S. 127–138.

Die 5. Vollversammlung der ÖRK in Nairobi hatte dem Thema „Militarismus“ Priorität eingeräumt, um die Kirchen für Abrüstung zu engagieren. Eine Vorkonferenz darüber fand im November 1977 in Glion (Schweiz) statt, die Hauptkonferenz sollte im April 1978 sein. Ihr vor allem dient dieses Heft, das durch *Lynn White* mit einer Kritik an einer Ethik der „Compassion“ eröffnet wird und mit harten Thesen für Konsumskese und Drosselung des Lebens triebes plädiert, weil sonst die Menschheit ihre ökologische Basis verliere. *Suter* sieht eine vorrangige Aufgabe der Christenheit darin, sich der Aufrüstung entgegenzustellen und den traditionellen Zusammenhang zwischen Kirche, Staat und Militär zu unterbrechen. Dasselbe Ziel verfolgt *Wolfgang Huber* (Heidelberg) mit dem Beitrag „Militarism. Some theological perspectives“ (S. 155–164). Das Heft wird nicht von pazifistischen Visionen bestimmt, sondern von der Sorge um den Menschen und die Gesellschaft, die durch die alles beherrschende Aufrüstung in ihrer Substanz entstellt und gefährdet werde (vgl. ds. Heft, 269).

## Personen und Ereignisse

Papst *Paul VI.* hat König *Hussein* von Jordanien am 29. April zu einer Privataudienz empfangen. Der Papst appellierte bei dieser Gelegenheit an den guten Willen aller Politiker im Nahen Osten und forderte sie auf, endlich die Kernfragen des Konfliktes einer raschen Lösung zuzuführen. Dabei mußten die legitimen Anliegen der Völker des gesamten Gebietes in die Überlegungen einbezogen werden. Jerusalem möge bei einer Nahost-Lösung zum Ort des Friedens und der Begegnung für die Völker aus aller Welt werden, „die trotz ihrer Verschiedenheit durch die Anbetung des einen und einzigen Gottes in Brüderlichkeit miteinander verbunden sind“. Ferner brachte *Paul VI.* seine wiederholt geäußerte Hoffnung zum Ausdruck, daß das Palästinaerproblem „in gerechter Weise“ geregelt werde. Vor *Hussein* hat der Papst in diesem Jahr bereits den israelischen Außenminister *Dayan* und den ägyptischen Präsidenten *Sadat* zu Gesprächen über die Lage im Nahen Osten empfangen.

Eine „Pluralität politischer Katholizismen“ forderte der Wiener Pastoraltheologe Professor *Ferdinand Klostermann* in der Zeitschrift „Gesellschaft und Politik“ des Karl-Kummer-Instituts in Wien. Er griff damit in die gegenwärtige Auseinandersetzung in Österreich über eine einheitliche Repräsentanz des österreichischen Katholizismus im politischen Bereich (vgl. HK Mai 1978, 223ff.) ein. *Klostermann* lehnte eine Einheitsvertretung in Form eines geplanten Nationalkomitees entschieden ab. Eine einheitliche politische Repräsentanz des Katholizismus laufe notwendig „auf eine Identifikation von Kirche und politischem Katholizismus hinaus“.

Der bayerische Landesbischof *Johannes Hanselmann* hat im Anschluß an einen ökumenischen Gottesdienst offiziell die Katholiken zum 18. Deutschen

Evangelischen Kirchentag eingeladen, der im Sommer nächsten Jahres in Nürnberg stattfinden wird. Im Namen des Kirchentagspräsidenten *Klaus von Bismarck* und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern überreichte *Hanselmann* das Einladungsschreiben dem Eichstätter Bischof *Alois Brems*, der mit ihm zusammen den Gottesdienst gefeiert hatte und zu dessen Diözese die Stadt des nächsten Kirchentags gehört.

Der anglikanische Bischof *Michael Marshall*, mit 41 Jahren das jüngste Mitglied des Bischofskollegiums der Church of England, will seine Dienstwohnung in einem vornehmen Londoner Stadtteil verlassen und sich einer Wohngemeinschaft in den Slums von Lewisham in Südost-London anschließen. In diese Gemeinschaft, die in den Räumen eines leerstehenden kirchlichen Gebäude eingerichtet werden soll, werden auch Farbige, Arbeitslose und Angehörige anderer Religionen aufgenommen. Der Bischof erklärte dazu, sein Schritt sei „keine Marotte“, sondern entspreche der christlichen Tradition: „Bischöfe wohnen erst seit 300 Jahren in vornehmen Häusern. Früher lebten sie mitten in ihrer Gemeinde.“ Auf diese Weise werde es auch heute möglich sein, beispielhaft und mit neuen Ideen christlich zu leben, meinte der unverheiratete Bischof.

Diplomatische Kreise in Liberia ließen durchblicken, daß eine Begnadigung und Entlassung aus dem Gefängnis für den 57jährigen, seit 1970 wegen einer angeblichen Invasionsunterstützung inhaftierten Erzbischof *Raymond-Marie Tehidimbo* von Conakry in Guinea, bevorstehe. Nach einem Treffen zwischen dem Staatspräsidenten von Guinea, *Ahmed Sékou Touré*, und den Präsidenten von Senegal und der Elfenbeinküste, *Leopold Senghor* und *Felix Hou-*

*phouet-Boigny*, sollen die Wege geebnet sein für direkte Verhandlungen zwischen Vertretern des Vatikans und der Regierung von Guinea.

Der südafrikanische Minister für Bantu-Verwaltung und -Erziehung, *Cornelius P. Mulder*, erklärte jetzt in Johannesburg, daß nun in allen Städten der Republik Südafrika die Kirchen auch von den Farbigen des Landes besucht werden dürften, „wenn sich der Kirchenbesuch nur auf die Ausübung religiöser Pflichten beschränkt“. Er fügte hinzu, die Farbigen benötigten zwar keine Erlaubnis für den Besuch des Gottesdienstes, doch sei bei größeren Versammlungen ein offizielles Einverständnis notwendig. Gleichzeitig meinte er, dies solle nicht heißen, daß die Kirchen nun verpflichtet seien, jedermann ihre Tore zu öffnen.

Nach Ansicht von Pfarrer *Jong Wha Park* von der Presbyterianischen Kirche in der Republik Korea haben sich alle Kirchen in Südkorea bewußt oder unbewußt politisch engagiert. Bei der Mitarbeitertagung des Gemeindedienstes für Weltmission des Evangelischen Missionswerkes in Südwestdeutschland hob der koreanische Pfarrer zudem das große Interesse der Christen in Südkorea an der deutschen Theologie hervor. Der meistgeschätzte Theologe sei *Dieterich Bonhoeffer*. *Park* vertrat die Ansicht, daß eine Kirche niemals Partei sein sollte, sondern daß ihre politische Mitverantwortung in einer kritischen und prophetischen Funktion gegenüber der Gesellschaft bestehe.

Dieser Ausgabe liegen je ein Prospekt des Verlags Herder, Freiburg, und der Herder-Buchgemeinde, Freiburg, bei.